

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Daniel Sieveke (Mdl)
Vorsitzender des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Hartmut Ganzke (Mdl)

Innenpolitischer Sprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2651
Fax: 02303 – 253 1499
Hartmut.Ganzke@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

24.09.2018

Beantragung einer aktuellen Viertelstunde für die Sitzung des Innenausschusses am 27.09.2018:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 27.09.2018 eine aktuelle Viertelstunde zum Thema:

Nazi-Aufmarsch in Dortmund: Was hat die Landesregierung unternommen, um die Polizei zu unterstützen?

Am vergangenen Freitag haben in Dortmund zwei angemeldete Veranstaltungen von Rechtsextremen stattgefunden. Neonazis sind durch die Straßen der Stadt marschiert und haben dabei nach Medienberichten Sätze skandiert wie: „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit.“ und „Nationaler Sozialismus - Jetzt!“. Bürgerinnen und Bürger berichten von beängstigenden Zuständen in der Stadt, während weit und breit keine Polizei zu sehen gewesen sein soll. Demnach seien lediglich vereinzelte Streifenwagen, Motorradpolizisten und Staatsschutzbeamte in Zivil vor Ort gewesen. Dies sei aber angesichts des aggressiven Auftretens der Neonazis eine viel zu geringe Anzahl gewesen. Somit sei bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck entstanden, dass die gewaltbereiten rechtsextremen Gruppen bei ihren Aktionen freie Hand gehabt hätten und Anwohner und Passanten ihnen in einem faktisch „rechtsfreien Raum“ schutzlos ausgeliefert gewesen seien.

Die Ausschreitungen in Dortmund verwundern insbesondere vor dem Hintergrund, dass die rechte Szene dort seit Jahren aktiv ist und entsprechend beobachtet wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass Innenminister Reul zeitgleich zu den Ausschreitungen an einem medienwirksamen PR-Termin in Dortmund teilgenommen hat und in diesem Zusammenhang noch einmal betonte, dass in Nordrhein-Westfalen „Null Toleranz“ gegen Rechtsverstöße herrsche. Auch Ministerpräsident Armin Laschet hatte noch am 20.09.2018 im Plenum des Landtags betont, dass der „Feind rechts stehe“. Nach den schlimmen Vorfällen vom Wochenende verfestigt sich jedoch der fatale Eindruck, dass die „Null Toleranz-Strategie“ der Landesregierung im Hinblick auf neonazistische Aufmärsche offenbar stark in den Hintergrund getreten ist.

Wir fragen uns, was die Landesregierung unternommen hat, die Polizei vor Ort bei diesem schwierigen Einsatz zu unterstützen.

Wir bitten die Landesregierung im Rahmen einer aktuellen Viertelstunde um Erläuterung der Details und konkreten Hintergründe im Zusammenhang mit den Ereignissen in Dortmund. Diesbezüglich bitten wir insbesondere um Darlegung

- welche Einschätzung die Polizei im Vorfeld der Aufmärsche hinsichtlich der Anzahl und der Gewaltbereitschaft der Teilnehmer hatte
- wie im Vorfeld der Aufmärsche die Einsatzplanung insbesondere in Hinblick auf das Kräfteverhältnis war
- wie es zu einer solchen Fehleinschätzung der Lage kommen konnte
- warum sich der Minister hierbei nicht auf die bekanntlich hohe Kompetenz des Staatsschutzes in Dortmund verlassen hat
- wie die Lageeinschätzung bezüglich weiterer für Dortmund angemeldeter Veranstaltungen von Rechtsextremen lautet

Mit freundlichen Grüßen



Hartmut Ganzke